



Beschluss der digitalen Landesdelegiertenversammlung des BUND Rheinland-Pfalz am 17.10.2020:

Fernstraßenprojekten

Der BUND Rheinland-Pfalz fordert ein sofortiges Moratorium beim Bau von Bundesfernstraßen, insbesondere Autobahnen. Der derzeit gültige Bundesverkehrswegeplan 2030 mit seinen völlig überzogenen Straßenbauplänen ist in hohem Maße klimaschädlich, naturzerstörend und kontraproduktiv für eine zukunftsfähige ökosoziale und nachhaltige ökonomische Entwicklung.

Der BUND-Landesverband setzt sich bei der Landesregierung nachdrücklich dafür ein, dass die vorgesehene / zugesagte / angelaufene Finanzierung von Fernstraßenprojekten in Rheinland-Pfalz aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 angehalten / gestrichen wird, wenn deren für den BVWP amtlich ermitteltes Kosten-Nutzen-Verhältnis $< 3,0$ ist. Die so freiwerdenden Mittel sind umzuschichten für den Ausbau und die Umstrukturierung der Bahn und in eine weitere Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Diese Forderung ist einzubringen in die Fortschreibung des bestehenden BVWP.